



**Pressekonferenz | Montag, 19. Juni 2017**

## **Investitionen in das Miteinander und Füreinander. Sozialfonds bietet mehr als die Summe seiner Teile**

**Tätigkeitsbericht und Rechnungsabschluss 2016 des Vorarlberger Sozialfonds**

mit

**Landesrätin Katharina Wiesflecker**

(Sozialreferentin der Vorarlberger Landesregierung)

**Landesrat Christian Bernhard**

(Gesundheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

**Bürgermeister Harald Köhlmeier**

(Gemeindeverbandspräsident)

# Investitionen in das Miteinander und Füreinander. Sozialfonds bietet mehr als die Summe seiner Teile

## Tätigkeitsbericht und Rechnungsabschluss 2017 des Vorarlberger Sozialfonds

**Eine alternde Gesellschaft, belastete Familien, steigende Ausgaben im Sozial- und Gesundheitswesen, bundesrechtliche Veränderungen z.B. im Bereich der Mindestsicherung, teures Wohnen – mit all diesen Herausforderungen muss sich ein Land auf sozialpolitischer Ebene befassen, Lösungsansätze und geeignete Finanzierungsinstrumente entwickeln. Der Tätigkeitsbericht 2016 des Vorarlberger Sozialfonds belegt einmal mehr dessen Effektivität als Drehscheibe zwischen jenen Stellen, die Leistungen anbieten, und den Menschen, die Hilfe brauchen. Rund 350 Leistungspakete werden über den Sozialfonds verwaltet, von Schwangerschafts- und Säuglingsdiensten bis zur Altenbetreuung. Über 4.500 Mitarbeitende erbringen direkt oder indirekt Dienstleistungen, die aus dem Sozialfonds (mit-)finanziert werden. Der Finanzierungsbedarf für die öffentliche Hand betrug 2016 ca. 259 Millionen Euro.**

"Zahlen und Statistiken sind das eine, dahinter verbirgt sich aber nichts weniger als die Qualität des Miteinander und Füreinander in unserer Gesellschaft", betonen Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker und Gesundheitslandesrat Christian Bernhard. Gesamthafes Ziel aller aus dem Vorarlberger Sozialfonds finanzierten Leistungen ist es, die Selbstbestimmung des Einzelnen unter Wahrung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie die Gestaltung des Gemeinschaftslebens nach den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität aller gesellschaftlichen Gruppen zu sichern. "Solidarische Gesellschaften sind gute Gesellschaften", ergänzt Landesrätin Wiesflecker.

Die örtliche Planung von Maßnahmen zur Vermeidung und Beseitigung von Hilfsbedürftigkeit zählt zu den wesentlichen Aufgaben der Gemeinden. Die Deckung alltäglicher Bedürfnisse, steigende materielle Anforderungen, der Mehrbedarf an Bildungsangeboten, ein angespannter Arbeits- und Wohnungsmarkt, der allgemeine Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe – in all diesen Bereichen steht das Land den Gemeinden als starker Partner zur Seite. Der Sozialfonds bringt diese Partnerschaft zum Ausdruck und ermöglicht die Finanzierung aus einer Hand.

"Die steigenden Kosten sind eine Herausforderung für alle im Sozialbereich Verantwortlichen. Gerade in der Bewältigung der Flüchtlingssituation in den letzten zwei Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns auf den sozialen Nahraum besinnen bzw. diesen als Basis sozialer Arbeit mitdenken", argumentiert Gemeindeverbandspräsident Köhlmeier.

Die Ausgaben aus dem Sozialfonds unterliegen vielen gesellschaftlichen Einflüssen:

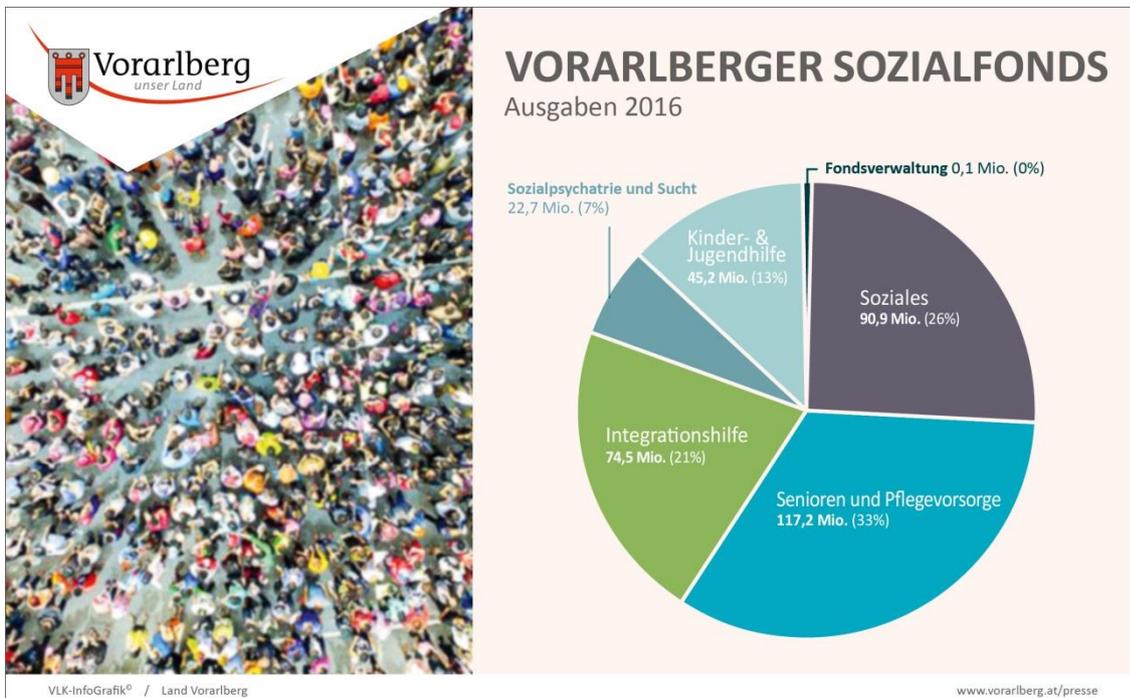
- Bevölkerungszunahme: +20.000 Einwohnerinnen/Einwohner mit Hauptwohnsitz in Vorarlberg in den letzten sechs Jahren (vor allem die Zahl der Menschen im Alter 85+ ist überdurchschnittlich gestiegen – um 27,6 Prozent bzw. 1.800 Personen)
- Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus: +22,3 Prozent im Zeitraum 2005 bis 2016

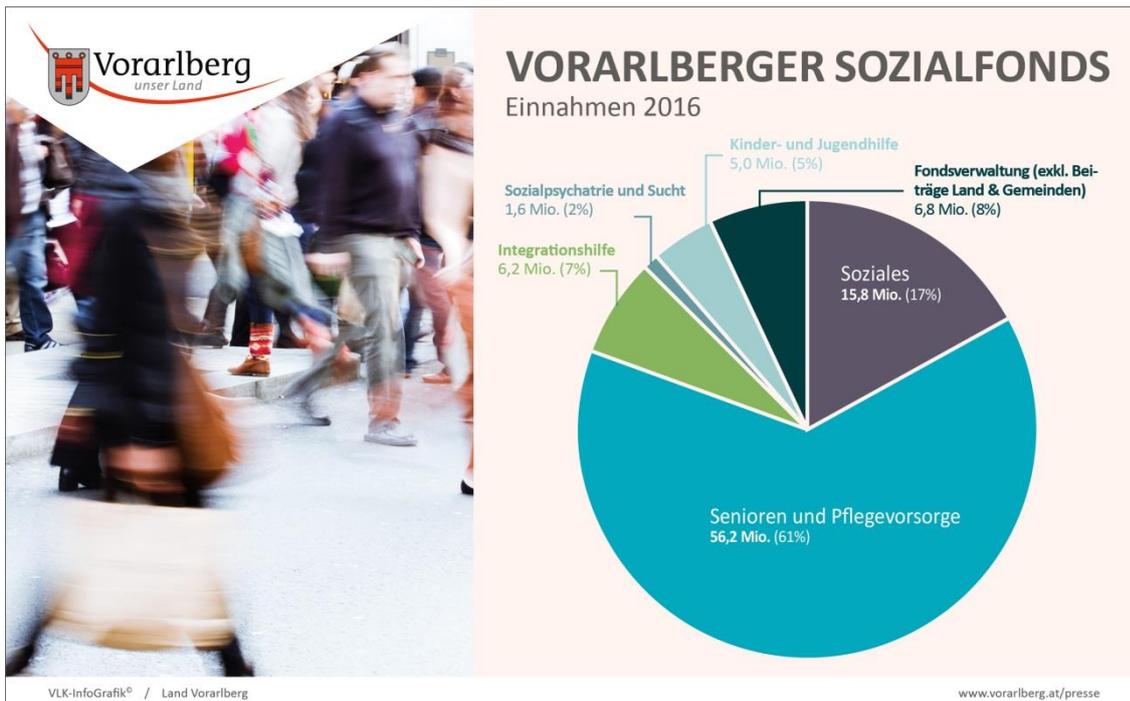
- Arbeitsmarktentwicklung: Stagnierende Arbeitslosigkeit (durchschnittlich 6,4 Prozent in den Jahren 2015 und 2016). In jüngster Zeit ist es gelungen, eine Trendwende am Arbeitsmarkt einzuleiten. Erstmals seit längerem waren die Arbeitslosenzahlen wieder leicht rückläufig
- Steigende Bedarfzahlen: Wachsender Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft, mehr Flüchtlinge, mehr bzw. längere Krankenstände aufgrund psychischer Erkrankungen
- Hohe Qualitätsvorgaben bei der Leistungserbringung

### Budgetäre Punktlandung

Den Gesamtausgaben 2016 aus dem Vorarlberger Sozialfonds in Höhe von rund 351 Millionen Euro stehen Einnahmen in den unterschiedlichen Leistungsbereichen von rund 92 Millionen Euro gegenüber. Das ergibt einen Finanzierungsbedarf von rund 259 Millionen für die öffentliche Hand. Schon im Voranschlag 2016 war ein Bedarf in ebendieser Höhe vorgesehen. Somit konnte trotz aller Herausforderungen das Budgetziel gehalten werden – ein ausgezeichnetes Ergebnis. Zur Abgangsdeckung leistete das Land einen Beitrag in Höhe von 155,3 Millionen Euro (60 Prozent), die Gemeinden steuerten 103,6 Millionen Euro bei (40 Prozent).

Sozialfonds	RA 2016
Beitrag des Landes	155.347.129
Beitrag der Gemeinden	103.564.753
Finanzierungsbedarf	258.911.882





## Bereich Soziales

### Finanzierungsschwerpunkte 2016

- 39,4 Millionen Euro zur Existenzsicherung: Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes, Übernahme der gesetzlichen Krankenversicherung, Abdeckung von Sonderbedarfen auf der Grundlage des Mindestsicherungsgesetzes. (Einnahmen in der Höhe von 3,75 Millionen Euro)

- 35,2 Millionen Euro als Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden (12 Millionen Euro Einnahmen werden vom Bund refundiert)
- 6,8 Millionen für Leistungen der Wohnraumsicherung (Wohnungslosenhilfe uä.)
- 5,5 Millionen Euro als aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe: Erwachsenenberatung, Familie- und Eheberatung, Krisenwohnungen, Schuldenberatung, Arbeitsprojekte
- 3,75 Millionen Euro für die Bewältigung in besonderen Lebenslagen: Familienhilfe, Krisenintervention, Gemeinwesenarbeit, regionale Flüchtlingskoordination, Frauennotwohnung und Krisenwohnungen

Im Jahr 2016 wurden im Rahmen der **offenen Mindestsicherung für Lebensunterhalt und Wohnen 6.209 Haushalte/Bedarfsgemeinschaften, insgesamt 13.538 Personen vorübergehend** finanziell oder über Sachleistungen unterstützt. Somit konnte bei ca. 3,5 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung eine Existenzsicherung sichergestellt werden und mit flankierenden nachhaltigen Hilfsangeboten (div. Beratungs- und Betreuungsleistungen, Notunterbringungen bei Gewalt und Krisensituationen, Delogierungsprävention etc.) Not und Armut verhindert werden. Davon waren **4.715 Kinder im Alter zwischen 0 – 18 Jahren** (35 Prozent der Beziehenden). Es sind gerade die Kinder der einkommensschwachen Haushalte, die in den Fokus unserer Bemühungen zu stellen sind, um ihnen zukunftsgerichtete Chancen und Perspektiven für ein menschenwürdiges und eigenständiges Leben zu ermöglichen.

Einschließlich Sonderbedarfe (z.B. elektrische Geräte, Wohnungsausstattung) wurden im Jahr 2016 in Summe 16.327 Menschen im Rahmen der Mindestsicherung unterstützt, um zwölf Prozent mehr als im Jahr davor. Diese Zunahme steht auch im Zusammenhang mit der raschen Anerkennung von Asylwerbenden, die aus der Grundversorgung in die Mindestsicherung kommen. Im Jahr 2016 wurden durchschnittlich 3.768 Asylwerberinnen und Asylwerber in der Grundversorgung betreut, im Monat Dezember 2016 waren es 3.559 Personen.



## Ausblick

Die Verhandlungen zur Fortführung der Art. 15a B-VG Vereinbarung über eine einheitliche österreichweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung sind im Jahre 2016 gescheitert. Vorarlberg ist hier einen eigenen Weg gegangen, unter Einhaltung bestehender verfassungs- und völkerrechtlichen Bestimmungen.

Die zwei zentralen Zielsetzungen der Mindestsicherung werden in Vorarlberg weiterhin gewährleistet – zum einen die Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausschließung, zum anderen die rasche und dauerhafte (Wieder-)Eingliederung ihrer Bezieher/innen in das Erwerbsleben. Im Bundesländervergleich wird Vorarlberg auch künftig ein hohes Niveau in der Mindestsicherung haben.

Ein besonderer Schwerpunkt im Jahr 2017 bleibt die Zielgruppe der anerkannten Flüchtlinge. Höchste Priorität hat deren möglichst rasche Integration. Dazu ist ein koordiniertes Zusammenwirken sämtlicher Akteure quer durch alle Handlungsfelder des gesellschaftlichen Lebens (Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Existenzsicherung, Wohnen, Gesundheit, etc.) unumgänglich und rasch sicherzustellen.

Für eine möglichst rasche (Wieder-)Eingliederung in das Erwerbsleben haben Land Vorarlberg, Gemeinden sowie Systempartner wie AMS, Wirtschaftskammer, Sozialministeriumsservice und soziale Einrichtungen bereits eine Fülle von Integrationsmaßnahmen gesetzt. Diese gilt es laufend zu evaluieren, daraus zu lernen sowie notwendige Korrekturen und Optimierungen vorzunehmen. Auch im Jahr 2017 sollen noch weitere Maßnahmen entwickelt und eingeführt werden. Vordergründiges Ziel muss es sein Menschen rasch aus der Mindestsicherung herauszuführen, indem Perspektiven zur Realisierung eines menschenwürdigen Lebens erarbeitet und ermöglicht werden.

Als sehr positives Beispiel zu den Integrationsmaßnahmen darf als eines von vielen Projekten "start2work" genannt werden: Im Jahr 2016 haben gesamt 391 Personen an diesem Projekt teilgenommen. Davon wurden 143 Personen bis dato in div. Arbeitserprobungen vermittelt und 91 Personen konnten schon eine Erwerbsarbeit aufnehmen (davon 83 im 1. Arbeitsmarkt).

## **Bereich Integrationshilfe**

Im Jahr 2016 wurden über den Sozialfonds 74,5 Millionen Euro aus Landes- und Gemeindemitteln für den Bereich Integrationshilfe aufgewendet. Das ist eine Steigerung um 13,2 Prozent in den letzten vier Jahren. Einnahmenseitig konnten im Jahr 2016 rund 6,2 Millionen Euro vereinnahmt werden.

## Finanzierungsschwerpunkte 2016:

- 11,7 Millionen Euro für Gesundheitliche Rehabilitation:
- 9 Millionen Euro für Teilhabe an der schulischen und beruflichen Ausbildung:
- 7,7 Millionen für Teilhabe am Arbeitsleben: Lohnkostenzuschüsse, Mentorenzuschüsse

- 42 Millionen Euro für betreutes bzw. ambulantes Wohnen, Soziale Integration
- 2 Millionen Euro für Entlastung der Familien

Flächendeckende Persönliche Assistenz mit dem Ziel, bis im Jahr 2018 150 Personen mit Behinderung persönliche Assistenz für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Servicestelle dazu wurde beim Verein "Persönliche Assistenz Vorarlberg" für Peerberatung, Bedarfsplanung und Aufbau eines Assistentenpools eingerichtet.

Das Heilpädagogische Konzept ist umgesetzt. Unter der Trägerschaft von Jupident ist seit Herbst 2016 ein heilpädagogischer Kindergarten mit sechs Plätzen in Dornbirn eingerichtet, der in enger Kooperation mit der Schulabteilung betrieben wird. Die heilpädagogischen Sprechstage wurden in Zusammenarbeit von IfS, aks und Pro mente unter Einbindung der Kinder- und Jugendhilfe Herbst 2016 gestartet.

Wohnen für Menschen mit Behinderung: Dafür wurde die Schaffung einer Datenbasis für die Prognose des zukünftigen Wohnbedarfs in Kooperation mit der FH Vorarlberg und den Trägern (Lebenshilfe, Caritas, IfS usw.) in Auftrag gegeben. Die konkret daraus abzuleitenden Maßnahmen werden nun erhoben.

#### Ausblick:

- Entwicklung eines Landesaktionsplans für die Integrationshilfe mit dem Fokus auf das Handlungsfeld Wohnformen.
- Schül assistenz – Integration im Regelschulwesen ist ein wichtiges Ziel der Integrationshilfe. Ein Kompetenzteam aus Integrationshilfe und Schulabteilung erarbeitet realistische Rahmenbedingungen, Zielgruppen und Wirkungsziele zur Umsetzung.
- Behinderung im Alter – Vorbereitung der Pflegeheime auf zukünftige Anforderungen. Bis Ende 2018 sollen 30 alte Menschen mit Behinderung/Pflegebedarf in Pflegeheimen/Sozialzentren betreut werden. Ein Kompetenzteam wurde im Sommer 2016 eingerichtet.

### **Bereich Psychiatrie und Sucht**

Im Jahr 2016 wurden über den Sozialfonds 22,7 Millionen Euro aus Landes- und Gemeindemitteln für den Bereich Sozialpsychiatrie und Sucht aufgewendet. Einnahmenseitig konnten im Jahr 2016 rund 1,6 Millionen Euro vereinnahmt werden.

#### Finanzierungsschwerpunkte 2016:

- 5,7 Millionen Euro für Gesundheitliche Rehabilitation
- 16,6 Millionen EUR für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

#### Stärkung der Suizidprävention:

Im Jahr 2015 waren in Vorarlberg 45 Suizide zu verzeichnen, davon in der Gruppe der 15 bis 24-Jährigen drei Suizide. 2015 gab es keinen Suizid in der Altersgruppe der bis 14 Jahre alten Jugendlichen. Dieser vergleichsweise geringe Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen

darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass gerade in diesem Alter eine intensive Beschäftigung mit der Thematik erfolgt und auch Suizidversuche häufiger vorkommen. Ein von der SUPRO – Werkstatt für Suchtprophylaxe entwickeltes Maßnahmenbündel, mit dem Vorarlberg österreichweit federführend in der Suizidprävention bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist und das mittlerweile auch österreichweit übernommen wurde, beinhaltet Schulungen von Multiplikatoren im Umgang mit psychischen Krisen und Vermittlung von Wissen über Suizidalität sowie die Einrichtung einer Internetplattform [www.bittelebe.at](http://www.bittelebe.at).

#### Finanzierung der EX-IN Ausbildung von Genesungsbegleitern

Menschen, die selbst psychische Krisen durchlebt haben und in Behandlung waren, können sich in einer einjährigen Ausbildung auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen weiterqualifizieren, um als Genesungsbegleiterin bzw. Genesungsbegleiter in Einrichtungen der Psychiatrie mitzuarbeiten. Projektpartner sind das Landeskrankenhaus Rankweil, der aks Vorarlberg, der Verein für seelische Gesundheit und die pro mente Vorarlberg, die diese Genesungsbegleiterinnen bzw. Genesungsbegleiter ins multiprofessionelle Team integrieren.

#### Autismus Fachkompetenzteam

Im Juni 2014 wurden die Leistungen für Menschen mit Autismus–Spektrum–Störung mit dem Angebot des Autismus Fachkompetenzteam erweitert, das den Diensten und Einrichtungen des Regelsystems als Konsiliar- und Liasiondienst für kollegiale Beratung und Supervision zur Verfügung steht. Von 2014 bis Ende 2016 wurden insgesamt 16 Fälle durch das Fachkompetenzteam Autismus bearbeitet.

Seit 2012 wurden im Leistungsangebot "Lehrabschluss – spezielle Begleitung für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung" 22 Personen betreut. Bisher konnten fünf Jugendliche bzw. junge Erwachsene ihre Lehrausbildung abschließen, zwölf sind noch in Ausbildung.

#### Ausbau stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung

Im Berichtsjahr konnte die kinder- und jugendpsychiatrische Station für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren ihren Betrieb aufnehmen. Im ehemaligen Herz-Jesu-Heim in Rankweil. Elf Kinder können gleichzeitig aufgenommen werden. Im September 2016 folgte die Eröffnung der KJP-Tagesklinik in Bregenz mit acht Plätzen für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren als ganzjähriges Versorgungsangebot. Ein Entlassungsmanagement für Kinder- und Jugendpsychiatrie wurde im Sommer 2016 gestartet.

#### Fachgremium "GrenzgängerInnen"

Grenzgänger sind Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer komplexen Problemlagen fächerübergreifende Zusammenarbeit erfordern. Im Jänner 2016 fand die erste Sitzung des Fachgremiums "GrenzgängerInnen" statt. Aufgabe des Fachgremiums ist es, komplexe Fälle, für die es im Regelsystem keine optimalen Lösungen gibt, adäquate, systemübergreifende Konzepte zur bestmöglichen Betreuung und Unterstützung zu entwickeln. Für die Organisation des Gremiums sind die Bereiche Integrationshilfe, Sozialpsychiatrie und Sucht sowie Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam verantwortlich. Im Berichtsjahr wurden elf Fälle bearbeitet.

## Entwicklungen bei illegalisierten Drogen

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Entwicklung bei Suchterkrankungen stabil. Das Behandlungsangebot ist in Vorarlberg sehr gut ausgebaut. 85 Prozent aller Personen in drogenspezifischer Betreuung werden wegen Opioiden behandelt. Aktuellen Schätzungen zufolge sind in Österreich zwischen 29.000 und 33.000 davon betroffen. In Vorarlberg konsumieren 909 bis 1.571 Menschen risikoreich Opioide (meist in Kombination mit anderen illegalen Drogen, Alkohol oder Psychopharmaka). Das ist umgelegt auf die Einwohnerzahl die zweithöchste Rate im Bundesländervergleich nach Wien (bedingt durch die geografische Lage zur Schweiz und zur Nord-/Südtransitrouten). Im Jahr 2015 sind in Vorarlberg 15 Menschen an den Folgen ihres Drogenkonsums verstorben. Bei den Opfern handelt es sich hauptsächlich um ältere Menschen um die 50 Jahre und darüber, die schon viele Jahre drogenabhängig waren. Die meisten von ihnen haben sich in keiner ärztlichen oder psychologischen Betreuung mehr befunden, was klar aufzeigt, dass man sich vermehrt auf diese Risikogruppe konzentrieren wird müssen.

Erfreulich ist der starke Rückgang des risikoreichen Opioidkonsums bei jungen Menschen in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren. Die Zahl der Einsteiger ist rückläufig, was bedeutet, dass die Präventionsmaßnahmen hier greifen.

- Substitution: Derzeit befinden sich in Vorarlberg 658 Menschen in Substitutionsbehandlung, umgerechnet auf 100.000 Einwohner sind das 258,3 Menschen. Vorarlberg hat damit im Bundesländervergleich am zweitmeisten Menschen in Substitutionsbehandlung.
- Spritzentausch: 2016 wurden über die Drogenhilfeeinrichtungen gesamt 411.801 Spritzen abgegeben. Davon sind 361.548 Spritzen getauscht, 24.317 verkauft und 25.936 über Automaten abgegeben worden. Durch die flächendeckende Einrichtung der Drogenhilfe konnten seit 1994 bis 2015 der Spritzentausch bzw. die Spritzenabgabe um das Achtfache gesteigert werden und damit der Ansteckung mit HIV und Hepatitis vorgebeugt werden. Kontakt- und Anlaufstellen sind Do-it-Yourself in Bludenz, Caritas in Feldkirch und Ex & Hopp in Dornbirn.

## Ausblick:

- Sozialpsychiatrischer Dienst auf Bezirksebene: Erweiterung und bessere Verzahnung des derzeit bestehenden sozialpsychiatrischen Leistungsangebotes. Zentrales Anliegen ist die Schaffung eines Journdienstes zur Krisenintervention durch Beratung und im Bedarfsfall durch aufsuchenden Dienst.
- Ambulant betreutes Wohnen: Schaffung eines flächendeckenden Angebotes für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen um ein eigenständiges wohnen und leben zu ermöglichen.
- Sozialpsychiatrische Ambulanzen für Kinder und Jugendliche: Erweiterung der jugendpsychiatrischen Ambulanzen von pro mente Vorarlberg im Ober- und Unterland um kinderpsychiatrische Kompetenzen unter Einbeziehung der kinderpsychiatrischen Angebote der aks gesundheit GmbH.
- Aufsuchende Krisen- und Notfallhilfe außerhalb normaler Dienstzeiten

- Weiterer Ausbau der Psychotherapie mit Schwerpunkt Kinder- und Jugendpsychotherapie: Sozialfonds gemeinsam mit Sozialversicherungen, angesiedelt beim IfS. Im Frühjahr 2017 wurden die Eckpunkte mit Partnern vereinbart und jetzt erfolgt die operative Umsetzung.
- Ausrollung ambulante gerontopsychiatrische Pflege

Koordinationsplattform zur psychosozialen Unterstützung für Geflüchtete und Helfende am Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. Zur Verhinderung von hohen Langzeitfolgekosten aufgrund mangelnder Integration und einer psychosozialen Unterversorgung in den frühen Stadien der Ankunft von Geflüchteten im Aufnahmeland, wurde auf Bundesebene eine Plattform initiiert, um bisherige Erfahrungen zu analysieren und anhand von best practise Beispielen Empfehlungen für geeignete Behandlungs- und Betreuungsmaßnahmen aufzuzeigen.

### **Bereich Pflege**

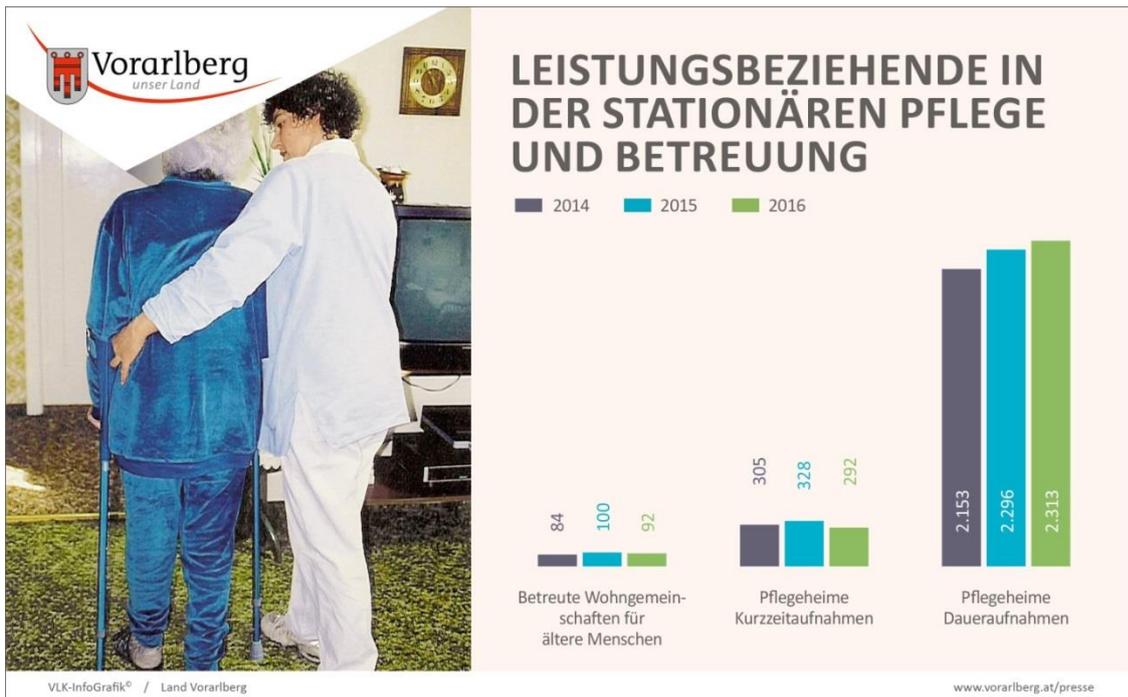
#### Finanzierungsschwerpunkte 2016:

- 100,3 Millionen Euro für Stationäre Pflege und Betreuung: Pflegeheime Daueraufnahmen und Kurzeitaufnahmen, Wohngemeinschaften für ältere Menschen.
- 9,3 Millionen Euro für Ambulante Pflege und Betreuung: Hauskrankenpflege, Mobile Hilfsdienste, Sterbebegleitung,
- 5,6 Millionen Euro für häusliche Pflege und Betreuung: 24-Stunden-Betreuung sowie Zuschuss zur häuslichen Betreuung und Pflege
- Gleichzeitig waren für diesen Bereich im Jahr 2016 Einnahmen von 56,2 Millionen zu verzeichnen. Vom Bund wurden 14,2 Millionen für Pflegeleistungen (stationär und ambulante) bereitgestellt.

Die Menschen wünschen sich, auch im Falle einer Betreuungs- oder Pflegesituation, solange wie möglich in der häuslichen Umgebung bleiben zu können. Mit der "Prognose des Bedarfs von Pflegeheimplätzen mit Einbeziehung der Entwicklung der 24 Stunden Betreuung" stehen dem Land und den Gemeinden die notwendigen Daten für die bedarfsgerechte Angebotsentwicklung zur Verfügung.

Im **stationären Bereich** lag der Schwerpunkt in der Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität, besonders im Bereich gerontopsychiatrische Pflege und dem bedarfsgerechten Ausbau des Angebotes. Das Projekt der geriatrischen Remobilisation und weitere innovative Angebote tragen dazu bei, die Vorarlberger Pflegeheime mit ihren engagierten Mitarbeitenden für die Zukunft zu rüsten. Ein modernes, leistungsfähiges Versorgungs-, Pflege- und Betreuungsnetz wird so sichergestellt.

Gemeindeverbandspräsident Harald Köhlmeier gratuliert zur Auswahl des Heimes in Hard für das Pilotprojekt: "Mit dem Betreiber Senecura – In der Wirke in Hard haben wir ein neues Haus mit sehr guter räumlicher Ausstattung. Es bietet einerseits die fachlichen Voraussetzungen für eine remobilisierende Betreuung und ist andererseits sehr gut als Standort in der Region geeignet, wo auch der Bedarf vorhanden ist."



In der **stationären Pflege und Betreuung** wurden 2016 insgesamt in **51 Pflegeheimen** und **zehn betreuten Seniorenwohngemeinschaften** insgesamt **2.697 Personen** finanziell unterstützt, eine Steigerung um fünf Prozent.

Die **ambulante Betreuung und Pflege** wird weiter ausgebaut, vor allem das vielfältige Leistungsangebot der regionalen Krankenpflegevereine und der Mobilien Hilfsdienste. Im Kontext der **Krankenpflegevereine** wurden **8.322 Menschen** und bei den **Mobilien Hilfsdiensten** **4.451 Menschen**, im Rahmen der **24 Stunden-Betreuung** **1.899 Menschen** betreut und gepflegt. Für die Mobilien Hilfsdienste wurde eine neue Förderrichtlinie erarbeitet, die ambulante gerontopsychiatrische Pflege wurde weiter ausgerollt und das Pilotprojekt geriatrische Remobilisation im Pflegeheim wurde gestartet. "Pflege muss dort angeboten werden, wo die Menschen wohnen. Das ist durch das gute Zusammenspiel von ambulanten und stationären Angeboten möglich", unterstreicht Gemeindeverbandspräsident Köhlmeier in seinen Ausführungen.

#### Ausblick:

Nach dem Grundsatz "So viel wie möglich ambulant, so viel wie nötig stationär" liegt der Schwerpunkt im Jahr 2017 weiterhin bei der Unterstützung der häuslichen Betreuung und Pflege bzw. in der gerontopsychiatrischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich. Mit innovativen Angeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger soll die häusliche Pflege unterstützt werden. Auch der teilstationäre und stationäre Bereich soll seine Angebote dahingehend weiterentwickeln.

## **Kinder- und Jugendhilfe**

### Finanzierungsschwerpunkte 2016:

- 4,3 Millionen Euro für Schwangerschafts- und Säuglingsdienste (Elternberatung, Elternschule), Erziehungsberatung, Begleitung von Betreuungsfamilien und Tageseltern
- 1,9 Millionen Euro für Dienste für Kinder und Jugendliche: Jugend-, Schulsozialarbeit, Mobile Jugendarbeit, ambulante sozialpädagogische Projekte
- 11 Millionen Euro zur Unterstützung der Erziehungspersonen: Ambulante Familienarbeit, Familienhilfe, Intensiv-Sozialpädagogische Betreuung
- 16,9 Millionen für die volle Erziehung (vorübergehende stationäre Unterbringungen)

Mit den Angeboten der **Sozialen Dienste für Eltern und familiäre Bezugspersonen** konnten im Jahr 2016 **20.099 Familien** erreicht werden. Über die **Schulsozialarbeit und mobile Jugendarbeit** konnten **4.475 Kinder- und Jugendliche** in der Bewältigung ihres konkreten Lebensalltages unterstützt werden. Daneben wurden von der Kinder- und Jugendhilfe **2.545 Familien** durch ambulante Angebote und **771 Kinder und Jugendliche** durch stationäre Angebot unterstützt.

### Ausblick:

Fachliche Herausforderung im Jahr 2017 ist die Weiterentwicklung in den Bereichen "Entwicklungsförderung und Prävention" und "Kinderschutz". Der Präventionsbereich soll ausgebaut werden, mit dem Ziel gute Lebensbedingungen für Kinder und deren Familien zu gestalten, Maßnahmen gegen Kinderarmut zu setzen, relevante gesellschaftliche Entwicklungen wahrzunehmen und erste Anzeichen von Belastungen und prekären Lebensumständen möglichst frühzeitig zu erkennen. Dies soll in enger Kooperation mit der Fachstelle Prävention in der Abteilung IVa erfolgen. Die Zuständigkeit (Planung und Steuerung) für "Kinderschutz Vorarlberg" ist in der Kinder- und Jugendhilfe angesiedelt. Die Anfang 2017 neu entwickelte Organisationsform soll eine gute Vernetzung und Kooperation aller Akteurinnen/Akteure sowie Systempartnerinnen und -partner in diesem Feld und die stetige Weiterentwicklung der Hilfsangebote im Bereich Kinderschutz gewährleisten. Darüber hinaus gilt es vor allem im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Sensibilisierung und Information) neue Ideen (Strategien) umzusetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Weiterführung der begonnenen Prozesse in den Bereichen "Volle Erziehung" (Weiterentwicklung der stationären Einrichtungen) und Kooperation mit angrenzenden Systemen, vor allem Kinder- und Jugendpsychiatrie, Integrationshilfe und Bildungsbereich. Auch 2017 wird die "Betreuung und Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Fremden" (UMF) weitergeführt, mit dem Focus auf deren Integration.